

Editorial

In seinem Buch *Mirages and Miracles* schreibt Alain Lipietz, dass das Entstehen einer kohärenten Regulation kapitalistischer Vergesellschaftung keinesfalls gegeben ist. Eine solche Regulation gleicht eher einem Zufallsfund, entstanden im Prozess gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Er fährt fort: „The history of capitalism is full of experiments, which led nowhere: aborted revolutions, abandoned prototypes and all sorts of monstrosities“ (Alain Lipietz: *Mirages and Miracles. The Crisis in Global Fordism*, London 1987, S. 15). Es gibt gute Gründe, darüber nachzudenken ob der europäische Integrationsprozess ein weiteres solches zum Scheitern tendierendes Experiment, eine weitere Monstrosität darstellt. Spätestens mit der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch die französischen und niederländischen WählerInnen ist deutlich geworden, dass die Europäische Union sich in einer tiefen Krise befindet. Nun sind Krisen in der Geschichte des europäischen Integrationsprozesses zwar nichts Neues. Man denke etwa an die Politik des „leeren Stuhls“, mit der der französische Präsident de Gaulle in den 1960er Jahren auf die drohende Vergemeinschaftung von Entscheidungsprozessen reagierte, oder an die langanhaltende Stagnation des Integrationsprozesses in den 1970er und frühen 1980er Jahren, bevor mit dem Binnenmarktprojekt nicht nur eine Welle der Europa-Euphorie ausgelöst, sondern zugleich der Grundstein für den gegenwärtigen neoliberal ausgerichteten Integrationspfad gelegt wurde.

Wie der einleitende Artikel von *Martin Beckmann, Frank Deppe und Matthias Heinrich* deutlich macht, ist die gegenwärtige Krise jedoch tiefgreifender als die bisherigen. Die Autoren machen zwei Konfliktachsen aus, die sich seit einiger Zeit im europäischen Integrationsprozess überlagern, und in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Verfassung ihren Höhepunkt gefunden haben. Erstens handelt es sich um die Frage der Vermittlung europäisch-gemeinschaftlicher und nationalstaatlich-partikularer Interessen. Hinzu kommt zweitens die Konfliktachse zwischen den politischen und ökonomischen Eliten als Trägern des Integrationsprozesses und weiten Bevölkerungsteilen in vielen Mitgliedstaaten, die der europäischen Integration zunehmend skeptisch gegenüber stehen.

Diese Konfliktachsen ziehen sich durch sämtliche europäischen Projekte, die in den letzten zwei Dekaden initiiert worden sind. Mit dem Binnenmarkt, der Währungsunion und der Lissabonstrategie hat sich das Verhältnis von nationaler und gemeinschaftlicher Politik, sowie nationaler und transnationaler Akteure weitreichend verändert. Nationale Haushalts-, Steuer-, Sozial-, Arbeits- und Tarifpolitiken werden der europäischen, demokratisch nicht legitimierten, Geld- und Währungspolitik untergeordnet und zugleich einer innereuropäischen Regime-Konkurrenz ausgesetzt. Diese Neuordnung der europäischen Verhältnisse ist wesentlich auf die Interessen global orientierter Finanz- und Industriekonzerne zurückzuführen, die sich hiervon sowohl

verbesserte Verwertungsbedingungen wie auch eine gute Ausgangsposition im globalen Wettbewerb erhoffen. Diese Interessen finden mittlerweile die Unterstützung von politischen Eliten fast jeder parteipolitischen Couleur, die angesichts langanhaltender wirtschaftlicher Stagnationstendenzen und hoher Arbeitslosigkeit zunehmend davon überzeugt sind, dass die Stärkung der Marktkräfte und des Wettbewerbs zwingend sind, um einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen.

Gerade dies aber kann die neoliberale Integrationsweise nicht erfüllen. Die Artikel von *Hans-Jürgen Bieling* und *Michael Heine/Hans-Jörg Herr* gehen den Problemen und Widersprüchen der neoliberalen Integrationsweise nach. Bieling argumentiert, dass die erhöhte Kapitalmobilität, die zentrale Rolle von institutionellen Anlegern und Investmentbanken und die Beschleunigung der Finanzmarktintegration im europäischen Raum gerade dazu führt, die traditionellen Stärken des kontinentaleuropäischen Kapitalismus zu unterminieren. Statt einer erfolgreichen Reorganisation des europäischen Kapitalismus, wie es von politischen und ökonomischen Eliten propagiert wird, sehen wir eine Desorganisation. Heine und Herr weisen nach, dass die stagnierende Entwicklung in vielen Ländern der EU, sowie eskalierende regionale Probleme durch den fundamentalen Konstruktionsfehler der Währungsunion verursacht wird, dass nämlich europäische Währungspolitik nicht auf einer politischen Union beruht, in der Fragen der Lohn- und Fiskalpolitik ebenso vergemeinschaftet werden wie die Geld- und Währungspolitik.

Die Tatsache, dass der neoliberale Umbau der europäischen Union vorangetrieben wird, dass die gegebenen Sozialordnungen untergraben werden, ohne neue Wohlstandseffekte zu erzeugen, führt zu tiefgreifenden Legitimationsproblemen. Langfristig kann die Währungsunion nicht ohne einen demokratisch gefaßten Konsens über die sozialen und wirt-

schaftspolitischen Prioritäten im gemeinsamen Währungsraum überleben. Man muss diesen Sachverhalt jedoch nur explizit ausformulieren, damit deutlich wird, wie unvorbereitet die europäischen Gesellschaften und Staaten auf eine so radikale Europäisierung ihres Gemeinwesens sind. Es scheint, dass die wirtschaftlichen Großprojekte der EU ein Patt erzeugt haben: Die Vergemeinschaftung bedeutender Aspekte wirtschaftspolitischer Souveränität hat zugleich zur nationalen Fragmentierung in den Bereichen der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik geführt. Dass die meisten Regierungen nun geradezu verstärkt auf die Beibehaltung der nationalen Autonomie im Bereich dieser Politiken wachen, hat vermutlich einerseits damit zu tun, daß diese Politiken zu zentralen Instrumenten in der europäischen und globalen Konkurrenz um Märkte und Investitionen geworden sind. Andererseits aber spiegeln sich hier auch in den unterschiedlichen nationalen Institutionen sehr unterschiedliche nationale Kompromisse wieder, deren Vergemeinschaftung extrem problematisch ist. Das Ergebnis jedenfalls könnte explosiver nicht sein: Verteidigt wird hier im wesentlichen die Autonomie zum Einstieg in den Wettbewerb der nationalen Unterbietung von Steuer- und Sozialstandards.

Auch in die Osterweiterung, ein weiteres Großprojekt der Europäischen Union, sind die Konfliktachsen zwischen nationalen und gemeinschaftlichen Interessen, sowie zwischen Eliten und Bevölkerung eingezogen. Die Osterweiterung spiegelt zum einen den Versuch der EU, sich als außenpolitischer Akteur zu etablieren, wider. Sie ist wesentlich den Bemühungen der politischen Eliten der EU geschuldet, eine Antwort auf die geostrategischen Herausforderungen, die sich mit dem Ende des Kalten Krieges ergaben, zu finden. Ein zentrales Element dieser Antwort ist die Verknüpfung der außenpolitischen Einflußnahme in den europäischen Nachbarstaaten mit der Mitgliederspektive. Diese Verknüpfung

bringt Vorteile mit sich: Erst die Mitgliedschaftsperspektive ermöglicht es der EU nämlich, einen tiefgreifenden Einfluss in der europäischen Peripherie auszuüben. Diesen nutzt sie insbesondere, um ihren neoliberalen Ordnungsrahmen auf die neuen Mitglieder auszudehnen, ohne dass auch nur ansatzweise die Frage gestellt wurde, ob dies eine adäquate Entwicklungsstrategie für semi-periphere Gesellschaften darstellt. Die Konsequenzen dieser Strategie werden in dem Artikel von *Dorothee Bohle* thematisiert. Sie argumentiert, dass die Osterweiterung insgesamt den Handlungsspielraum des transnationalen Kapitals in Europa noch einmal ausgedehnt hat, und dass damit der Konkurrenzdruck innerhalb der EU verschärft wird. Im Gegensatz zu einer vereinfachenden Sichtweise, derzufolge die Osterweiterung die EU nun endgültig in ein „race to the bottom“ treibt, weist sie darauf hin, dass der größte Druck nicht von den marktradikalen, baltischen Staaten ausgeht, sondern vielmehr von den Visegrad-Staaten, die im osteuropäischen Vergleich relativ hohe soziale Standards aufweisen. Die „Rückkehr nach Europa“ der osteuropäischen Staaten hat es nicht vermocht, die hiermit verbundenen gesellschaftlichen Hoffnungen auf sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in der Region zu erfüllen. Der abhängige Kapitalismus, der sich in vielen neuen EU-Mitgliedsländern herausgebildet hat, hat vielmehr häufig zu „dualen Wirtschaften“ geführt, in denen eine Minderheit wirtschaftlich und sozial besser gestellt ist, ein großer Teil der Bevölkerung aber von Entwicklung abgeschnitten ist. *Joachim Becker* geht den politischen Konsequenzen dieser Entwicklung nach. Er zeigt, wie in Polen und der Slowakei nationalkonservative Kräfte das Erbe der liberalen Reformeliten antreten. Diese politischen Kräfte bündeln die soziale Unzufriedenheit mit der neoliberalen Transformation und Integration. Der politische Gegenwind aus Osteuropa – der auch damit zusammenhängt, dass

die EU-Konditionalität mit der Mitgliedschaft wirkungslos geworden ist – verschärft derzeit das politische Patt in der EU. Dennoch ist die EU gewillt, weitere Mitglieder aufzunehmen. Rumänien, Bulgarien, die Länder des westlichen Balkans, die Türkei, und langfristig vielleicht auch die Ukraine, Weißrussland und Georgien sind durchaus aussichtsreiche Kandidaten einer EU-Mitgliedschaft. Bislang hat die EU nicht klar festlegen können, welches ihre Grenzen sind. Dies ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Vorteile des außenpolitischen Instruments Mitgliedschaft die Nachteile zu überwiegen scheinen – zumindest solange die Mitgliedschaft als Perspektive angeboten wird, und nicht realisiert werden muss. Doch eine vielfach erweiterte Union droht auch, die gegebenen Konflikte noch zu verstärken.

Europa ist also insgesamt in problematischer Verfassung. Die transnationale kapitalistische Vergesellschaftung ist durch den europäischen Integrationsprozess weit vorangetrieben worden. Hier sind Tatsachen geschaffen worden, hinter die kein politischer Weg mehr zurückführt. Deshalb ist es auch aus linker Sicht nicht befriedigend, einer Perspektive der Re-nationalisierung anzuhängen. Mittels nationalstaatlicher Grenzen ist das transnationale Kapital nicht mehr einzubetten. Dies hat eine Reihe von gesellschaftlichen Kräften auf der (moderaten) Linken dazu gebracht, die europäische Integration zu befürworten, da diese es erlaube, einen Teil der auf nationalem Terrain verloren gegangenen Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Einige dieser Kräfte verbinden mit der europäischen Integration die Hoffnung, dem US-amerikanischen neoliberalen Kapitalismus und aggressiven Unilateralismus eine gleichsam zivilere Alternative entgegenzusetzen. *Guglielmo Carchedi* warnt vor solchen Illusionen. Er argumentiert, daß, nachdem sich die EU bereits ökonomisch als einziger ernsthafter Konkurrent zu den USA entwickelt habe, es nur eine Frage der Zeit sei, bis die EU

auch einen schlagkräftigen militärischen Arm entwickle. Diesem wird jedoch alle Zivilität ebenso abgehen wie dem US-amerikanischen Imperialismus.

Andreas Fisahn und Anne Karass schließlich begründen, wie auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Friedenspflicht und Zukunftsoffenheit eine zustimmungsfähige Verfassung der Europäischen Union aussehen kann. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es jedoch fraglich, ob die gesellschaftlichen Kräfte für ein solches europäisches Projekt gebündelt werden können, oder ob diese Kräfte nicht irgendwo im Gestrüpp des europäischen Mehrebenensystems, welches einseitig die Partikularinteressen transnationaler Kapitalgruppen honoriert, und breitere gesellschaftliche Belange national fragmentiert, hängen bleiben.

* * *

Die jüngsten Angriffe der Hizbullah, die Israel als Rechtfertigung für einen mit aller Härte geführten Krieg gegen den Libanon dienten, der, wie der israelische Generalstabschef Dan Halutz zu Beginn drohte „den Libanon um 20 Jahre zurückwerfen“ würde, rückten den Nahostkonflikt erneut ins öffentliche Bewusstsein. Außerhalb des Heftschwerpunkts beschäftigt sich der Beitrag von *Anne*

Koch mit der Hizbullah und dem Konflikt zwischen Libanon und Israel.

Die „Einsprüche“ setzen die Diskussion der Frage „Was ist heute noch links?“ fort. *Alex Demirović* kritisiert die von *Bernd Ladwig* in PROKLA 143 vertretene „sozialliberale“ Position, woraufhin dieser mit einer Anti-Kritik antwortet.

* * *

In eigener Sache

Zeitschriften wie die PROKLA können ohne finanzielle Unterstützung nicht existieren. Die PROKLA wird seit ihrer Gründung von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie“ herausgegeben, die nicht nur die notwendige finanzielle Unterstützung leistet, um die Unabhängigkeit der Zeitschrift zu gewährleisten, sondern in der jährlichen Mitgliederversammlung auch über die nächsten Schwerpunktthemen berät und die Mitglieder der Redaktion wählt. Die Redaktion würde sich freuen, Leser und Leserinnen der PROKLA auch als Mitglieder der Vereinigung begrüßen zu können. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, den 7. Oktober in Berlin statt. Am Freitag, den 6. Oktober wird die PROKLA eine öffentliche Diskussion zu den Entwicklungstendenzen der EU veranstalten. Details zu beiden Veranstaltungen finden sich auf unserer Website www.prokla.de